

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 6 Uhr
Verleger: Dorothea-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 297

Seipel vor dem Nationalrat.

Aussprache über die Wiener Vorgänge. - Angriff auf Bürgermeister Seip.

Wien, den 26. Juli. (TU.)

Der österreichische Nationalrat begann heute die Aussprache über die Wiener Vorgänge mit einer dreiviertelstündigen Rede des Bundeskanzlers. Seipel erklärte, daß kein Land und keine Regierung jemals so unschuldig in eine Revolte hineingestoßen worden sei, wie Oesterreich, wo zwischen den Parteien ein ernsthafter Konflikt geschwebt hat.

Seit heute, daß zuerst die Polizei angegriffen worden sei, die ersten Verwundeten auf den Rettungstationen seien nur Polizisten gewesen. Wenn der Landeshauptmann die Bitte des Polizeipräsidenten Schöber um sofortigen militärischen Einsatz erfüllt hätte, wäre viel weniger Blut geflossen.

Um seinen Fehler gut zu machen, habe der Bürgermeister die Gemeindefeldwachse eingeführt. Er, der Bundeskanzler, mache ihm keinen Vorwurf daraus, daß er ohne Befragung der verfassungsmäßigen gesetzgebenden Körperschaften vorgegangen sei, was er ihm aber zum Vorwurf mache, sei, daß Dr. Seip sein gegebenes Wort nicht einhalte, wonach die Wache nur für die Lage der Gefahr eingerichtet werden solle.

Das größte Unglück aber sei, daß jetzt, da alle anderen Kräfte um die Wiederherstellung von Ruhe und Frieden bemüht seien, so unerhörte Angriffe gegen die Polizei gerichtet wurden, die unter Todesopfern ihre Pflicht getan haben.

Als der Kanzler noch einmal die Pflichttreue der Polizei bekräftigte, erhob sich bei gleichzeitigem Beifall rechts und in der Mitte

starker Lärm bei den Sozialdemokraten.

wodurch der Kanzler einige Minuten am Weiterreden gehindert wurde. Nach Wiedereintritt der Ruhe sprach der Kanzler der Polizei und den Angehörigen der Wehrmacht für ihre Pflichterfüllung seinen Dank aus. Zu dem Verkehrsstreit übergehend erklärte der Kanzler, daß dieser Streit ihm so vorkomme, als ob während einer Wirtschaftsaufzucht auch noch das Licht ausgelöscht werde.

In ihrer Begründung für den Abbruch des Generalstreiks hätten die Sozialdemokraten nachher selbst zugegeben, daß es notwendig gewesen sei, gegen falsche Nachrichten im Auslande vorzugehen und das Parlament rechtzeitig zusammenzurufen. Indem sie aber drei Tage lang die falschen Nachrichten unwiderlegt gelassen hätten, hätten sie den österreichischen Staat vor dem Auslande entwaffnet.

Hörsings Rücktritt genehmigt.

Noch kein Nachfolger bestimmt.

Wie uns bei Redaktionsschluss mitgeteilt wird, hat das preussische Staatsministerium in seiner heutigen Sitzung den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Otto Hörsing, in Uebereinstimmung mit dessen Antrag, in den einflussreichen Ruhestand versetzt.

Ueber die Person des Nachfolgers, wegen der mit dem Provinzialausschuss in Verbindung getreten werden soll, wurde ein Versuch noch nicht gemacht.

Faschistische Reformarbeit.

Die Landtagmehrheit von Steiermark gegen Wien.

Wien, 26. Juli. (Eigener Bericht.)

Im Landtag von Steiermark kam es am Montag zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der bürgerlichen Parteien und denen der Sozialdemokratie über die Wiener Vorgänge. Die Mehrheit nahm schließlich einen Antrag an, der an die Bundesregierung folgende Forderungen stellt: Einschränkung der Pressefreiheit, Wiedereinführung der Todesstrafe, Reform des Schwurgerichts, Schutz der öffentlichen Verkehrsmittel und lebenswichtigen Betriebe vor einer Stilllegung durch

zweifelhaft erschienen sei, sei die Revolte nur durch einen schmalen Schritt von der Revolution getrennt gewesen.

Die Bewegung sei nicht von draußen in das Land getragen worden. Vielmehr sei die Schädigung der Republik ihr durch ihre eigenen Kinder zugefügt worden. Allerdings habe eine internationale Partei sich der Sache bemächtigt, indem sie den Justizpalast anzündete und für Fortdauer der Bewegung bis zum Sturz der Regierung und womöglich bis zur Aenderung der Verfassung zu sorgen getrachtet habe.

Auch ausländische Agenten dieser Partei seien in Wien tätig gewesen.

Der Bundeskanzler erklärte weiter, daß

keinerlei Drohungen einer ausländischen Regierung

nach Wien gerichtet worden seien. Der Kanzler appellierte dann an das Haus, die Aussprache lediglich von dem Gesichtspunkte auszuführen, daß die Wiederholung der Wiener Vorfälle unmöglich gemacht werde. Einen Teil der Schuld trage auch das Parlament oder vielmehr diejenigen im Parlament, die die Meinung hätten aufkommen lassen, als ob sie die Demokratie nicht stützen wollten. Die Sozialdemokraten forderte der Kanzler auf, endlich einmal deutlich einzeln

scharfen Trennungstrieb zwischen einer demokratischen Opposition und einer Befürwortin von Revolten

zu ziehen. Zum Schluß erklärte der Kanzler: Verlangen Sie nicht von uns, daß wir Maßnahmen treffen, die für die Wiederholung solcher Vorgänge und solcher Verbrechen einen Freibrief ausstellen. Wir wollen fest sein, aber wir wollen nicht hart sein. Die Rede des Kanzlers wurde mit lautem anhaltendem Beifall der Regierungsparteien aufgenommen.

Auf der Suche nach dem Rathaus-Schützen.

Wien, 26. Juli.

Ein Zeuge hat angegeben, einen Mann gesehen zu haben, der während der Unruhen von einem Fenster des ersten Stockwerkes des Rathauses auf die gegenüberliegende Polizeiwachstube Schüsse abgab. Er wurde von der Polizei veranlaßt, die im Rathaus verkehrenden Personen beim Passieren des Lores zu beobachten. Er bezeichnete einen Obermagistratsrat, also einen der höchsten Beamten des Rathauses, als denjenigen, der die Schüsse abgegeben hat. Die Lage des Bureaus dieses Beamten stimmt mit der Lage des Fensters, aus dem geschossen worden ist, überein. Der Beamte leugnet, geschossen zu haben und wurde vorläufig auf freiem Fuß belassen.

Die Gemeindefeldwache dauernde Einrichtung?

Wien, 26. Juli.

Der Gemeinderatsausschuss für die allgemeine Verwaltung beschloß gestern mit einer Vorlage des Gemeinderats, welche die Grundlagen für die neue Gemeindefeldwache gesetzlich regeln soll. Die Anträge der Mehrheit besagen, daß die Gemeindefeldwache in einer Stärke von 2000 Mann aufzustellen sei.

Die Bewaffnung besteht aus einer Repetierpistole und einem Säbel oder einem Gummiknüppel. Am 1. September soll die Wache auf 1000 Mann herabgesetzt werden.

Pieds freigelassen.

Wien, 26. Juli. (TU.)

Nach Mitteilung der Staatspolizei wurde die vom Landgericht gegen den deutschen kommunistischen Landtagsabgeordneten Pied geführte Untersuchung eingestellt, der Staatsanwalt ist von der Anklage zurückgetreten. Pied wurde der Polizei wieder übergeben. Diese genehmigte Pieds Abreise nach Deutschland.

einen Generalstreik und Umwandlung des Söldnerheeres in eine Miliz nach dem Muster der Schweiz.

England-Aegypten.

„Wesentliche Arbeiten in aller Stille“ oder endlose Beratungen ohne Ergebnis?

London, den 26. Juli. (TU.)

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, daß im Verlaufe der Besprechungen zwischen dem ägyptischen Ministerpräsidenten Sarwat Pascha, dem Auswärtigen Amt und dem englischen Generalgouverneur Lord Lloyd alle Seiten der eng-ägyptischen Probleme die Basis für künftige Verhandlungen gefunden sei. Die Vertreter Großbritanniens hätten sich absolut fest gezeigt, wo immer lebenswichtige Reichsinteressen in Frage ständen, wogegen man der ägyptischen Eigenliebe jede mögliche Konzession gemacht habe.

Es werde keine amtliche Erklärung abgegeben, bevor sich Sarwat Pascha mit seinen Kabinettskollegen besprochen habe. Trotzdem stehe fest, daß wesentliche Arbeiten während seines Aufenthaltes in London in aller Stille geleistet worden seien.

25 amerikanische Redakteure sind als Gäste der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden in London eingetroffen. Sie werden auf ihrer Europareise auch Berlin besuchen.

Von Weimar bis Potsdam.

Zwei Schulkompromisse.

Von Heinrich Schulz.

Das Weimarer Schulkompromiß war eine politische Notwendigkeit zum besten der jungen deutschen Republik. Ohne eine Einigung von Zentrum und Sozialdemokratie in der Schulfrage wäre die Verfassung nicht zustande gekommen und die außenpolitische Katastrophe des Versailler Friedensvertrages nicht bezwungen worden. Es war Wunsch und Wille der beiden Parteien, das Chaos zu vermeiden, und aus diesem Grund gaben sie beide in der Schulfrage nach. Das Zentrum setzte die Anerkennung der Bekenntnisschule in der Verfassung durch, mußte sich aber andererseits zur Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der weltlichen Schule bereit erklären. Die Sozialdemokratie mußte die Bekenntnisschule zugestehen, erreichte aber gleichzeitig neben der Anerkennung der weltlichen Schule eine Reihe von erheblichen Verbesserungen. So ist die Einführung des Arbeitsunterrichts und der Erziehungsbeihilfen durch die Verfassung eine unmittelbare Folge des Weimarer Schulkompromisses, dessen unerfreuliche Seiten auf diese Weise wenigstens durch sozialpädagogische Fortschritte zum Teil wieder wettgemacht wurden.

Dem gegenwärtigen Reichsschulgesetzentwurf liegt ein Kompromiß zwischen dem Zentrum und den mit der evangelischen Orthodoxie verbundenen Deutschnationalen zugrunde. Es ist selbstverständlich, daß bei einer solchen Verbrüderung das Zentrum seine Mindestforderungen in bezug auf die Bekenntnisschule sicher in den Hafen bringt. Aber die Zugeständnisse, die es dem rechts von ihm befindlichen Koalitionsbruder dafür einräumen muß, sind nicht wie bei dem Partner des Weimarer Schulkompromisses aus dem Wunsche geboren, die Republik zu festigen, die Verfassung zu sichern und den Schulfortschritt anzuregen. Es liegt vielmehr im Wesen der überlieferten deutschnational-evangelischen Ideologie, in allem das Gegenteil anzustreben. Die Deutschnationalen sind nur Republikaner in Gänsefüßen und der Konjunktur halber, sie sind es nur, weil sie auf diese Weise ihre wirtschaftlich-politischen und einige andere innerpolitischen Herzenswünsche verwirklichen können. Sie werden die unbequeme scheinrepublikanische Wüste sofort wegwerfen, wenn sie von ihr keine Vorteile mehr erwarten können. Was sie deshalb über die nächsten Wünsche des Zentrums hinaus durch das Schulgesetz noch erreichen möchten, sind im wesentlichen die soliden alten Lodenhüter der konservativen Schulpolitik der Vorkriegszeit. Daß sie sich hierbei mit dem Zentrum, wenigstens mit seinem größeren rechten Flügel, schnell zusammensinden, ist bei der langjährigen Bundesgenossenschaft der Konserwativen und des Zentrums in der alten preussischen Schulgesetzgebung kein Wunder.

Man darf dieses neue Schulkompromiß deshalb wohl mit gutem Fug und Recht das Potsdamer Schulkompromiß nennen. So wie sich mit dem Namen Weimarer Geistigkeit, Liebe zur Freiheit und zur Republik verknüpft, so ist mit dem Namen Potsdam das alte preussische Regiment der geistigen Unfreiheit der Massen, der Erziehung zur Demut vor göttlicher und weltlicher Autorität verbunden. Kein Wunder, daß bei einem aus solchem Geist geborenen Schulgesetz für den Schulfortschritt, für soziale und pädagogische Ausgestaltung des Schulwesens nichts übrig bleibt.

Man sollte glauben, daß hierüber auch im Zentrum, vor allem bei seinem linken Flügel, kein Zweifel abzuwarten könnte. Der demokratisch-republikanische Teil des Zentrums will mit der Sozialdemokratie und der Demokratie die Republik schützen und festigen. Er muß deshalb mit der Sozialdemokratie Wert darauf legen, daß die gemeinsame republikanische Front der katholischen und nicht katholischen Arbeiter zur Sicherung der Republik nicht dadurch beeinträchtigt wird, daß man den alten Zantapfel religiöser Unzuldsamkeit zwischen sie wirft.

Aus dem Geiste der Duldung war das Weimarer Schulkompromiß geboren. Die inzwischen leider verstorbenen Führer des Zentrums, die persönlich an dem Weimarer Schulkompromiß beteiligt waren, die Gröber, Hise und Burlage, waren mit ihren sozialdemokratischen Kontrahenten einzig in dem Wunsche, daß die gesetzliche Auswirkung des Schulkompromisses dem deutschen Volke endlich den Schulfrieden bringen möge. Selbst die einfachste Ueberlegung muß ergeben, daß die jetzigen deutschnationalen Kontrahenten des Zentrums sich von solchen Erwägungen nicht leiten lassen, sondern daß sie umgekehrt ein lebhaftes Interesse daran haben, die republikanische Arbeiterfront zu schwächen. Ihre Taktik ist auch durchaus folgerichtig, wenn sie zu diesem Zweck durch den Schulgesetzentwurf die Schulgenossenschaft zu verschärfen, statt zu mildern suchen und für den nunmehr einsetzenden Kampf um die Schule den Schutz der Religion gegen die angeblich religionsfeindlichen Bestämpfer des Raubellischen Schulgesetzes als Lösung ausgeben.

Die „Germania“ hat es in dem einzigen Artikel, in dem sie bisher zum Schulgesetzentwurf Stellung genommen hat, für notwendig gehalten, die Sozialdemokratie daran zu erinnern, „daß sie in Weimar mit dem Zentrum ein Schulkompromiß abgeschlossen hatte, das sich auf der Gleichberechtigung der drei Schularten aufbaute, ein Kompromiß, daß also um deren Anschauungen weiter entgegenkam als das zweite unter demokratischem Einfluß zustandegekommene, das dann Bestandteil der Reichsverfassung wurde“.

Diese Erinnerung war völlig überflüssig. Die Sozialdemokratie bekenn sich nach wie vor zum Weimarer Schuldkompromiß, moralisch auch zu dem ersten, von dem die „Germania“ spricht, verbindlich aber besonders zu dem zweiten. Beide waren dem gleichen Motiv entsprungen: Verfassung und Republik zu schützen. Von beiden wurde eine Beruhigung der breiten Volksschicht in der Schulfrage erwartet, im Geiste beider ist die Sozialdemokratie zur Mitarbeit in der Reichsschulgesetzfrage bereit. Das heutige Potsdamer Schuldkompromiß dagegen steht in schärfstem Gegensatz zu dem Weimarer Schuldkompromiß von 1919 und zu dem Geiste, aus dem es geboren wurde. Das Weimarer Schuldkompromiß war eine Notwendigkeit. Das Potsdamer Schuldkompromiß, in seiner Wirkung eine Stärkung der politischen und kulturellen Reaktion, ist selbstverständlich nicht notwendig, sondern muß mit allen Kräften bekämpft werden.

Dabei wird sich die Sozialdemokratie aber nicht auf den Heim eines Kulturkampfes im historischen Sinne des Wortes locken lassen. Sie wird vielmehr überall und zu jeder Zeit, besonders aber in Hörweite von katholischen und evangelischen Arbeitern, mit allem Nachdruck betonen, daß die Gegnerschaft der Sozialdemokratie zum Keudellischen Gesetzentwurf keine Gegnerschaft zu irgendeinem Religionsbekenntnis bedeutet, daß sie vielmehr durch ihre Schulpolitik die Religion aus den Kämpfen der Zeit herausheben will. Nicht irgend welchem Bekenntnis gilt der Kampf der Sozialdemokratie, sondern den Feinden der Republik und der Demokratie, mögen sie sich in das militärische Kleid der Stahlhelmeute hüllen, mögen sie ihre reaktionären politischen Absichten hinter kirchlichen Erwänden verbergen!

44 Jahre Zuchthaus!

Das Urteil im Stuttgarter Kommunistenprozess.

Stuttgart, 26. Juli. (W.F.B.)

Am 28. Tage der Verhandlungen im Stuttgarter Kommunistenprozess wurde abends gegen 10 Uhr das Urteil durch den Senatspräsidenten des Reichsgerichts, Niedner, verkündet, wonach

1. das Verfahren gegen die Angeklagten Lämmle, Ruoff, Frey, Hepperle und Kuhnle eingestellt wird,
2. verurteilt werden: die Angeklagten Baishardt zu acht Jahren Zuchthaus und 800 Mark Geldstrafe,

Braune zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, worauf auf Grund des Urteils der fünften Strafkammer des Landgerichts vom 5. März die verhängte zehnmonatige Gefängnisstrafe angerechnet wird und die Strafe in 204 Tage Zuchthaus und 250 Mark Geldstrafe zusammengezogen wird,

Stegmaier zu sechs Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 650 Mark Geldstrafe,

Groß zu sechs Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, Göteler zu 13 Jahren Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe und Daniel zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 800 Mark Geldstrafe.

Die Untersuchungskosten wird bei allen Angeklagten angerechnet, wobei bei Baishardt ein Jahr, bei Braune und Stegmaier je fünf Monate Zuchthaus als verbüßt angerechnet werden. Bei sämtlichen Verurteilten werden außerdem die Geldstrafen auf die Untersuchungskosten mit angerechnet. Die Kosten des Verfahrens fallen bei den Verurteilten den Angeklagten zur Last, während sie bei den Angeklagten, für die Einstellung des Verfahrens ausgesprochen wurde, der Staatskasse zur Last fallen.

In einem Schlusswort betonte Senatspräsident Niedner daß nicht die Angeklagten die voll Verantwortlichen für sämtliche Straftaten seien, sondern daß diejenigen die Hauptschuld treffe, die sich in Rußland in Sicherheit gebracht hätten.

In einem Schlusswort betonte Senatspräsident Niedner u. a.: Es handelte sich hier in diesem Verfahren, das wohl von den 400 Strafverfahren, die bisher vom Reichsgericht durchgeführt worden sind, als mit das schwerste anzusehen ist, vor allem darum, daß es voll erwiesen und jetzt auch von einem Verteidiger, der in

hohem Ansehen steht, nicht mehr bestritten wird, daß die Kommunistische Partei im Jahre 1923 dazu übergegangen ist, ihr Ziel, die Verfassung des Deutschen Reiches in gewalttätiger Weise zu zerstören, vorbereitet zu haben, und daß sie ferner dazu übergegangen ist, dieses Ziel unmittelbar zu verwirklichen.

Vierundvierzig Jahre Zuchthaus wegen hochverräterischer Unternehmungen im Jahre 1923! Ein ungeheuer hartes Urteil. Aber ein gerechtes Urteil?

Das Reichsgericht begründet das Zuchthausurteil mit der Schwere des Verbrechens: Hochverrat gegen die Verfassung. Geplant, vorbereitet, und zur Verwirklichung übergegangen.

Im Jahre 1923 sind Hitler, Ludendorff und Kompagnie dazu übergegangen, ihr Ziel, die Verfassung des Deutschen Reiches in gewalttätiger Weise zu zerstören, vorzubereiten, und sie sind ferner dazu übergegangen, dies Ziel unmittelbar zu verwirklichen.

Ludendorff würde in diesem „schwersten aller Strafverfahren“, in dem der Hochverrat voll bewiesen war, freigesprochen, und Hitler zu 6 Monaten Festung verurteilt.

Aber die Kommunisten: 44 Jahre Zuchthaus! Sie waren nicht Führer, nicht die voll Verantwortlichen, nur Werkzeuge. Aber — 44 Jahre Zuchthaus. Ludendorff und Hitler waren die Führer des Putschs, die voll Verantwortlichen. Aber — Freispruch und sechs Monate Festung.

Entweder war das Urteil im Hitlerprozess ein Verbrechen, geradezu Teilnahme am Hochverrat — oder das Reichsgerichtsurteil ist eine Beugung des Rechts gegenüber einer bestimmten Partei. So oder so — der Schluss bleibt der gleiche: es ist keine Gerechtigkeit mehr in der Hochverratsurteil.

Es gibt unter staatspolitischem Gesichtspunkt nur ein Mittel, um gefährlicher, verzweifelter Empörung gegen so schreiende Ungerechtigkeit vorzubeugen. Es muß endlich ein Strich unter die Vorgänge von 1923 gezogen werden. Amnestie! Der Gedanke, daß die Verurteilten von Stuttgart 2, 6, 8 ja 13 Jahre im Zuchthaus begraben sein sollen, während Hitler, Ludendorff, Ehrhardt, Claf als freie Männer umherlaufen, wäre unerträglich.

„Zu besonderem Befremden.“

Verdiente und erbliche Ehrendoktoren.

Wir berichten vor einigen Tagen, daß die Kölner Universität den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun zum Ehrendoktor ernannt hat. Bekanntlich ist die Gründung dieser Universität, die erst nach der Revolution erfolgte, ein Verdienst des preussischen Kabinetts. Trotzdem ist — wie zu erwarten — die Rechtspreffe über diesen Akt der Dankbarkeit äußerst ungehalten. Die „Deutsche Zeitung“ gibt ihrem Mißbehagen in folgenden Worten Ausdruck:

Zu besonderem Befremden gereicht dem Wissenschaftler die von der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln jüngst Herrn Otto Braun, Preussens derzeitigen Ministerpräsidenten, verliehene Ehrendoktorwürde. Je größer die Zahl der aus nicht wissenschaftlichen Gründen Bedachten wird, desto mehr muß die Bewertung der Auszeichnung sinken.

Das Nationalistenblatt hat entschieden Recht. Denn gleichzeitig mit dieser Berufung wird bekannt, daß die Tübingen Universität zu ihrem Jubiläum den ehemaligen Herzog Albrecht von Württemberg zum Ehrendoktor ernannt hat und zwar „wegen der Leistungen seiner Vorgänger in einem Amt, das er selbst nicht mehr hat anstreben können“. Tübingen hat damit also ein erbliches Ehrendoktorat eingeführt. Aber gegen diese byzantinische Geste wird die „Deutsche Zeitung“ ganz gewiß nicht Front machen, sie entspricht durchaus der Mentalität der nord- und süddeutschen Domellen.

Mägdelein.

Rum hält die Limousine vor dem Portal des Herrlichkeit strotzenden Palastes, nun steigen wir aus, der alte Geheimrat, der nichts als hohe Begabungssekreter, Marielucienne, die holde, liebreizende, und ich. Nun sind wir im Trübel des Festes, eines jener Feste, auf denen die Heroen der Wissenschaft, der Kunst, des Geldes, der geistigen Lüste sich zu treffen pflegen. Der Herr des Hauses, das ist ein Bankier mit einem goldenen Herzen, ein freundlicher Spender, ein liebevoller Gastgeber. Es sind da all die Menschen, die und deren Werke man sonst von weitem bewundert, all die akademischen Wäler, die wunderrosenbunten Frauen, die Chirurgen mit den goldenen Händen. Ja, hier ist ein kleiner Journalist (noch dazu einer, der Wahrheit will) und verfinst. Und dann ist da die Tochter des Hauses, eben von der Pension aus der Schweiz zurückgekehrt, blond, nützlich, trübsend, schambast, und doch so... Sie hat noch nicht viel erlebt, nur Pension, nur ein abgelehnter Antrag, vier Küsse in einem verlockenden Garten vielleicht, nur Eltern, nur Bälle und Feste, sonst nichts. Und so steht sie da und wird wohl nicht recht klug aus mir, das kleinreißige Mägdelein, steht da und lächelt belangen, denn ich — es ist nun geschrieben —, ich denke an ein noch jüngeres Mägdelein, das jetzt, ja jetzt eben wohl, seinen Leib verkauft, seinen Leib in der Adressstraße für ganz billiges Geld. An jenes unschuldige und so unerwartlich unfeine Mägdelein denke ich. Und das, während ich diesem reichen Kinde in die etwas dummreißten Augen blide.

Ja, hier im Taumel der Jazzbanden, der lustübernden sogenannten altbiedernden Frauen denke ich an einen Adressstraßen-Keller mit Ratten und rotem Licht, einer zerlegten Chaiselongue und einem sehr, sehr jungen, sehr, sehr miserablen Mägdelein.

Und dann spricht mich über die neue Revue im F. J. Theater mit der etwas dummreißigen Tochter des reichen Mannes.

Flammende Entrüstung.

Ich werde von der Rechtspreffe aufgefordert, mich sichtlich zu entrüsten. Ein französisches Schullesebuch enthält eine Greuelgeschichte aus dem Weltkrieg, wie ein deutscher Soldat einen siebenjährigen französischen Knaben erschießt, der, mit einem Holzgewehr lüchlich spielend, auf ihn anlegt. Die französische pazifistische Lehrerevereinigung ist der Sache nachgegangen und hat als den wahren Sachverhalt festgestellt, daß es sich nicht um einen französischen, sondern einen deutschen Knaben, das Kind eines deutschen Zollbeamten, gehandelt hat, das während eines Grenzgefechtes aus dem Fenster sah und von einer abirrenden Kugel getroffen wurde. Das Holzgewehr ist freie Erfindung. — Und nun ergeht die entsprechende Aufforderung an alle anständig Gesinnten usw., usw.

Aber da fallen mir, der ich gerade mitzumachen im Begriff stehe, etliche Haare in die schöne Entrüstungssuppe. Das erste Haar: Die jene deutschnationalen Presse, die sich hier mit der Geste nonchalanter Selbstverständlichkeit auf die Aufrührungsarbeit französischer Pazifisten stützt. Tag für Tag die deutschen Pazifisten beschimpft, weil sie denselben Kampf gegen die Lügen des deutschen Nationalismus führen. Ich finde in aller Bescheidenheit, daß da nicht viel Recht zu flammender Entrüstung für jemand gegeben ist,

Wandlungsfähigkeit.

Ein ehemaliger Monarchist als „Pravda“-Redakteur.

Dem „Sozialistischen Boten“ wird aus Moskau geschrieben: Man berichtet, daß unter der kommunistischen Opposition starke Empörung über die „orthodoxen Leninisten“ aus der jungen Professorengeneration, die sich gegenwärtig um Bucharin scharen, herrscht. Ueber einen von ihnen, A. Sieptow, der Fachmann auf dem Gebiet der Hege gegen die Opposition geworden ist, haben die Anhänger Trojki folgende biographische Angaben zutage gefördert:

Es stellt sich heraus, daß Sieptow im Jahre 1918 in der Tscheka von Kofan in Haft war und der Zugehörigkeit zu gegenrevolutionären Gruppierungen angeklagt wurde. Die monarchistischen Anschauungen Sieptows wurden durch seinen Briefwechsel, der der Tscheka in die Hände gefallen war, belegt. Unter der Drohung der Todesstrafe tat Sieptow Buße, und einer der heutigen Oppositionellen ermöglichte seine Freilassung.

Heute ist Sieptow Redakteur an den Organen des Zentralkomitees der R.F.S.D., der „Pravda“ und dem „Bolschewik“, kämpft erbarmungslos gegen die „Abweichungen“ Trojki, Sinowjews und Kamenevs und beschäftigt sich nebenbei natürlich auch noch mit der „Bernichtung“ der Sozialdemokratie.

Deutliche Worte an Amerika.

Tardieu gegen die „weisen Ratschläge“.

Washington, 26. Juli. (W.F.B.)

Die Zeitschrift „Nations Business“ bringt ein Interview mit André Tardieu, in dem er erklärt: Das Abkommen, das Berenger mit Wilson geschlossen hatte, ist tot. Keine französische Regierung wird jemals die Verantwortung dafür übernehmen, Frankreich für 62 Jahre zu binden. Die Schulden Frankreichs seien ein von einem Freund erhaltenes Darlehen und müßten in diesem Geiste behandelt werden. Die Amerikaner hielten sich für bessere Menschen, weil sie reicher seien. Diese Arroganz mache es andern Völkern schwer, den amerikanischen Idealismus richtig zu schätzen. Die Amerikaner glaubten, daß sie, weil sie seit dem Kriege gewaltige Fortschritte gemacht haben, alles besser wüßten, und versuchten, andere Nationen zu belehren, ohne zu erkennen, daß ihr Rat für die meisten europäischen Länder ungeeignet sei. Die Probleme Europas und Amerikas seien grundverschieden. Ihr habt nur ein Mittel der Kriegszeit mitgemacht und uns im Stich gelassen, sobald der Sieg errungen war. Jetzt wollt ihr uns weise Ratschläge geben. Das paßt uns natürlich nicht. Auch die Franzosen haben an den Mißverständnissen teilweise Schuld, da sie gern alles auf die lange Bank schieben und sich um internationale Probleme zu wenig kümmern. Beide Länder müßten sich entgegenkommen, dann werde auch die Schuldenfrage freundschaftlich gelöst und Frankreichs Freundschaft für Amerika neu befestigt werden.

Das Steuervereinheitlichungsgesetz. Der seit vielen Monaten vom Reichskabinett beratene Entwurf eines Gesetzes über die Vereinheitlichung des Steuerrechts ist jetzt endlich nach Überwindung der erheblichen Schwierigkeiten, die von Bayern gemacht wurden, dem Reichsrat zugegangen. Das Gesetz ist ein Rahmengesetz. Es enthält folgende vier Gesetze: Das Grundsteuerrahmengesetz, das Gewerbesteuerrahmengesetz, das Gebäudeeinkommensteuerrahmengesetz und das Steueranpassungsgesetz. Die Gesetze sollen am 1. April 1928 in Kraft treten, doch können die Landesregierungen anordnen, daß das Grundsteuerrahmengesetz und das Gewerbesteuerrahmengesetz erst vom 1. April 1929 ab Geltung erhalten.

In Gleiwitz wurde ein Beamter der politischen Abteilung der Landeskriminalpolizei, Kriminalkommissar Mann unter dem Verdacht verhaftet, militärische Geheimnisse an Polen verraten zu haben. Die Verhaftung geschah durch einen Reichsamtlet aus Leipzig.

Zwei Skizzen.

Die kleine Frau im Kabarett.

Von Gerda Land.

In unserer herrlichen, hoheitsvollen, fastgeforderten, tierisch-gemeinen Stadt liegt das Viertel des Amülements, der Limousinen, der kostbaren Kontubinen im Westen, und liegt das Viertel der Geschäfte, der Konfektion, der Filzindustrie, der Verträge gefordert, und das der Dirnen (womit natürlich die prostituierten Dirnen gemeint sind — — —) — — — Herr, wie können Sie sich unterstehen — — — liegt gefordert, und das der Fabrikanten und der Direktoren und das der Arbeiter.

Da ist nun im Norden unserer Stadt ein Lokal, in dem die kleinen Badnerinnen, die Arbeitergefilten, die kleinen, ganz armenütigen Nuten ihr Vergnügen suchen und finden. Sie sitzen da an runden Tischen, trinken Bier und ein Gefäß, das aus den stolzen Namen Wocca hört, die Musik spielt die neuesten Schlager. Es wird getanzt, geliebt, geschweimegelt, nachts die Gelüste werden offenbart. Und auf der Bühne ist Kabarett. Oh, bitte ergötzen Sie, es gibt keine spihindigen, intellektuell bebrillten Conferenciers in diesem Lokal, auch keine Solotänzerinnen von der „Leningrader Holoper“, keine schwedische Rachtigall, höchstens eine vom Wödding, höchstens einige mittelmaßige Akrobaten, eine Tänzerin mit drei Leberliden auf dem Popo, eine Wahrsagerin, die sich die Augenbrauen mit Teer nachgezogen hat, einen Willy-Rosen-Smitator (wenn ich keinen Dolles hat), — den sieht man ihm denn auch an seinen ausgefrankten Hosen an) und diverse Nummern. Da sitzen nun die Menschenlein, lachen sich schier kaputt über die vulgären Späße einer „Ranone“, sie sitzen da, die jungen Kerle mit ihren Bräuten oder mit den typischen sogenannten Berliner Nuten, die ein Kapitel für sich sind, über das sie referieren ich viel inniges Vertrauen in den Mund des Herrn Volkswohlfahrtsministers lege.

Die Nuten also sitzen (die Feder quillt über), sie sitzen gepupht, noch nicht verliert, doch nicht mehr Mensch, sitzen, ein Objekt der materiellen Lust, ein Subjekt der Seuche, sitzen und harren.

Aber da sitzt noch eine Frau, alt ist sie und schon gewesen, in einem geschmacklosen Kleide. Sieht vor einem leeren Bierglase und raucht Zwiefelmigigaretten. Dann erhebt sie sich und geht weg, dann geht der Vorhang hoch. Und da turnt ein mageres Männlein, assistiert von eben dieser kleinen Frauenlecke, deren Blide um Applaus betteln, deren Brust, Gesicht und Beine in dünnem, prallem Tricot stecken. Die alte, kleine Frau zum heimlichen Caudium der Zuschauer.

Rum kommt sie wieder raus, setzt sich vor das leere Glas, raucht, schmeißt Blide. Als sie drei Cigaros ignus hat, wird sie gelpredigt. Früher Scala und Wintergatten. Der Mann tuberkulös zurück aus Frankreich, schon vermodert. Drei Kinder. Eines davon Fabrik, Nachschicht. Tagsüber Reinmadiesfrau (Klosett, Stunde 2 Großchen). Abends hier, Kabarett. Rechts: „Wenn ich mal der große Looz lewinne, denn mach ich mal ne Nacht alleine schlafen.“

Kommentar hier nicht am Platze, wird dem Herrn Volkswohlfahrtsminister überlassen.

der sofort „Landesverrat“ brüllt, wenn ein Deutscher irgendeine unferer amtlichen Kriegsanlagen bloßlegt.

Und ein zweites Haar: Das ich nicht in der gleichen reichsdeutschen nationalstischen Presse erst vor wenigen Tagen Meldungen aus Wien über 15 nach ausgezogene und bei lebendigem Leibe verbrannte Wachtpostisten, über die ausgestochenen Augen eines Postgehilfen, über die einem Schutzmann aus dem Beibe getrapelten Gedärme, über planmäßig mit Benzin und Petroleum arbeitende Weiberbataillone? Wer hat diese Greueligkeiten fabriziert? Am Ende der gleiche reichsdeutsche Journalist, der heute flammende Entrüstung über das französische Verbrechen schreut.

Ich bekenne mit Schmerz: Ich kann mich über französische Schullesebücher nicht entrüsten, solange ich mich wegen deutscher Zeitungen schämen muß. Die sittliche Entrüstung der deutschen Greuelfabrikanten reicht zu sehr nach Konkurrenzneid gegen andere, die es geschickter anzufangen wissen. Sittlich entrüsten kann man sich nur in anständiger Gesellschaft. Aber wenn eine Einbrecherkolonne die Unwandelbarkeit des betrügerischen Bankkassierers bekannert, der bereits vor ihnen die Tresore entleert hat, so bleibt dem anständigen Menschen nur übrig, schweigernd beiseite zu gehen.

Jonathan.

Der Große Staatspreis der Akademie. Die Akademie der Künste schreibt jeden den Großen Staatspreis aus, um den sich in die/em Jahre Maler und Bildhauer bewerben können. Vorbedingung ist, daß die Bewerber die preussische Staatsangehörigkeit besitzen und am 10. Dezember 1927 (am Tage der Einlieferung der Bewerbingsarbeiten in Berlin) das 32. Lebensjahr nicht überschritten haben. Eine Zulassung zum Wettbewerb bei Ueberschreitung der Altersgrenze wird in diesem Jahre nochmals bei den Bewerbern in Erwägung gezogen werden, die nachweislich durch den Heeresdienst in den Jahren 1914—1918 in ihrer Berufsausbildung behindert waren. Die näheren Ausschreibungsbedingungen können von der Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, bezogen werden.

Ein prähistorischer Riesenelefant. Schon vor längerer Zeit wurden bei Rochester in der englischen Grafschaft Kent die Knochenreste eines riesigen Elefanten, der Art „Elephas antiquus“ gefunden, dessen Alter auf annähernd 100 000 Jahre geschätzt wird. Das Tier ist größer als ein Mammuth und übertrifft sogar das prähistorische, amerikanische Mastodon um mehrere Fuß. Leider fehlen einige Knochen des Skelets, vorhanden sind 3 Beine, die Becken und das Rückgrat. Trotzdem ist das Skelet viel vollständiger als jedes andere bislang gefundene Exemplar dieser Riesenelefantenart mit ihren geradgerichteten Stoknähen. Das Skelet ist jetzt nach mühsamer Arbeit im naturwissenschaftlichen South-Kensington-Museum in London aufgestellt worden. Für die Wissenschaft ist der Fund von allergrößtem Wert.

Die Piscatorbühne im Theater am Rollendorffplatz hat „Heimweh“ von Franz Jung und „Denkerdienst“ von Alfred Wolfsonlein zur Uraufführung angenommen.

Matilde Sereno, die bekannte italienische Romanschriftstellerin und Journalistin, starb in Neapel infolge Schlaganfalls.

Verhandlung des Teufelssees.

Eine merkwürdige „Erklärung“.

In diesen Tagen brachte ein Mittagsblatt unter der Ueberschrift „Erklärung des Teufelssees“ eine Meldung, die nur mit größter Verwunderung aufgenommen werden kann. Danach soll der Fiskus, „der Höhenendbewegung folgend“, wie es schön, aber unzutreffend heißt, die Erlaubnis erteilt haben, mitten im tiefen Grünwald in einem als Freizeich und Dauerwald ausgewiesenen Gebiete, am idyllischen Teufelssee, einen Bau zu errichten, der es dem „waidhungerigen Großstädter“ ermöglicht, in kürzester Zeit mitten im Grünen zu sitzen und Wald und See zu genießen. Der geplante Neubau mit seiner Frontlänge von 50 Meter, einem Saal, Gazebo und ausgerechnet mit Wein- und Spielzimmer usw., mit breiter, langgestreckter, vorgeschobener Terrasse, soll am südlichen Ufer des Teufelssees errichtet werden. Durch die Höhenlage des Bauerrains wird man aus zahlreichen Fensterläden auf die Terrasse und über sie hinaus auf den See und in die Landschaft blicken. „Hotelartige Unterkunft für Wochenendgäste ist vorgesehen.“ Wie in großen Seebädern wird man im Badeanzug zum Strand gehen und auf dem eigenen großen Biese sich sonnen können. Mit der Durchführung des Projektes soll bereits begonnen sein.

Die Meldung klingt uns geradezu phantastisch. Was ist am Teufelssee zu „erklären“? Weil er einer der wenigen Erholungsstätten in der Peripherie Groß-Berlins ist, wird er seit Jahren gerade von den arbeitenden minderbemittelten Kreisen der Bevölkerung in ständig wachsendem Maße aufgesucht. Hier findet der Berliner Naturfreund nahe der 20-Baumzone Wald, Sonne und Wasser, und er liebt dieses idyllische Fleckchen Erde eben deshalb, weil es schlicht und ursprünglich auf ihn wirkt und jede „Ausmachung“ fehlt. Seht man ihm aber jetzt mitten in die Stille der Natur hinein einen Riesenturm mit „Betrieb“ und allem sogenannten Komfort der Neuzeit, mit Jazzbands und Autogarage, vor die Nase, so ist gerade dem einfachen Manne für sich und seine Familie der Teufelssee verleidet. Denn das Grandhotel aufzufuchen, gestatten ihm weder seine Mittel, noch liegt ihm daran. Das Projekt durchzuführen, hieße nichts anderes, als eine billige Erholungsstätte für jedermann zum Vorrecht von finanzkräftigen Dienern umzuwandeln und ein einzigartiges Naturidyll zu vernichten. Mögen die Herrschaften mit dem blickenden Portemonnaie über das Wochenende ruhig weiter im eigenen Auto in eins der „großen Seebäder“, nach Heringsdorf, Jännowitz oder Zoppot, fahren! Wald und Biese am Teufelssee aber sollen den kleineren Portemonnaies vorbehalten bleiben. Gibt es nicht geschäftstüchtige Unternehmungen mit allem Luxus für Berlin W.R. schon zahlreich genug am Wannensee und an den Havelseen? Und weiß man denn zutandigenorts nicht, wie stark die Erholungsbedürfnisse für den minderbemittelten Großstädter schon eingeschränkt ist durch die allzu umfangreichen Abholzungen im Grünwald?

Better aber ist die Frage anzuerkennen, wie — wenn die Meldung des Mittagsblattes tatsächlich zutrifft — der Fiskus dazu kommt, rücksichtslos über den Kopf der Bevölkerung und ihrer Vertretung hinweg in so lebenswichtigen Fragen Beschlüsse zu fassen und Konzessionen zu erteilen. Wir wenigstens protestieren aufs schärfste gegen die Verhandlung des Teufelssees durch geschäftliche Spekulation, auch wenn sie sich unter dem Schlagwort der Wochenendbewegung ein soziales Mäntelchen umhängen versucht.

Gegen die roten Bürgermeister.

Wo die „Deutsche Zeitung“ heult — und wo nicht.

Im Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg wurde vor jetzt sechs Monaten der Oberstadtdirektor Wachsmuth als ungerechter Beamter entrappt. Damals richtete die „Deutsche Zeitung“ gegen den sozialdemokratischen Bezirksbürgermeister Dr. Ostrowski eine heftige geschäftliche Art. Gerade dem roten Supapfen unseres Genossen Ostrowski, der noch nicht lange das Amt des Bürgermeisters von Prenzlauer Berg hatte, war es zuzuschreiben, daß Wachsmuth überführt wurde und schließlich seine Betrügereien eingestand. Aber das schwarzweiße Blatt beschimpfte den roten Bürgermeister, wie wenn ihm die Verantwortung dafür zuziele, daß Wachsmuth die ihm anvertrauten Wohlfahrtsgeber unterdrückte und durch Affenbeteiligung sein verbrecherisches Treiben verdeckt hatte. Wachsmuth war ein alter Beamter der Stadt Berlin, und mit den Unterschlagungen hatte er schon in der Kriegszeit begonnen, als es in Berlin noch keine Verwaltungsbezirke und keine roten Bürgermeister gab.

Zum Schutz des so angepöbelten Bezirksbürgermeisters Dr. Ostrowski ersuchte Oberbürgermeister Böß die Staatsanwaltschaft, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung“ einzuschreiten, und sie erhob dann Anklage wegen Beleidigung. Vor Gericht rettete der Angeklagte sich vor der ihm drohenden Verurteilung, indem er (wie schon am 28. Juni im „Vorwärts“ berichtet wurde) den Vorschlag des Richters, mit einer bedauernden Zurücknahme der Beleidigungen die Sache wieder gut zu machen, gern annahm. Die danach mögliche Zurücknahme des Strafantrages stand dem Oberbürgermeister zu, auf dessen Antrag die Staatsanwaltschaft gegen den Redakteur des wüßte darauf schimpfenden Blattes eingeschritten war. Wie wir erfahren, hat jetzt Oberbürgermeister Böß in Uebereinstimmung mit Bürgermeister Ostrowski die Verlegung der Sache durch Vergleich genehmigt und den Strafantrag zurückgenommen, so daß Einstellung des Verfahrens erfolgt ist.

Inzwischen ist, wie gemeldet wurde, in einigen anderen Verwaltungsbezirken Berlins entdeckt worden, daß dort gleichfalls Unterschlagungen vorgekommen sind. Dabei hat man Gelegenheit gehabt, zu sehen, daß die „Deutsche Zeitung“ in ihrer Berichterstattung über solche Dinge „auch anders kann“. Ueber jene Unterschlagung von Wohlfahrtsgebern im Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg brachte sie in großer Aufmachung einen langen Artikel, der mit starker Betonung hervorhob, wieder sei es etwas in einem Bezirk vorgekommen, der einen Sozialdemokraten zum Bürgermeister habe. Damit sei, fügte das Blatt hinzu, „doch wohl genügend bewiesen, daß in solcher Unlauterkeit Solche liegen“. Solche Vorwurfsfälle seien, las man da weiter, „die notwendige Folge davon, daß roten Ehrenmännern die Handhabung des Verwaltungsapparates überlassen ist“. Das selbe Blatt hat aber jetzt über die im Verwaltungsbezirk Charlottenburg aufgedeckte Unterschlagung von Steuergebern den vom Nachrichtenamt der Stadt Berlin allen Zeitungen zugegangenen laßlichen Bericht in recht beleidigender Aufmachung und ohne Kommentar gebracht. Auch in einer zweiten Mitteilung über die Angelegenheit hat sie sich ganz laßlich geäußert und hat mit keiner Silbe versucht, dem Bezirksamt oder dem Bezirksbürgermeister die Verantwortung aufzubürden.

Wie kann sie sonst so tapfer schmälen, die brave „Deutsche Zeitung“! Aber bei dem Fall aus Charlottenburg, wo man keinen sozialdemokratischen Bürgermeister hat, ist ihr bisher die Sprache weggeblieben. Hier konnte sie nicht von „roten Ehrenmännern“ reden, weil ja Charlottenburg von den Bürgerlichen unter starkem Anteil der Schwarzweißrotten beherrscht wird. Die Hege gegen den roten Bürgermeister Dr. Ostrowski hat mit einer Abtute geendet. Die beleidigenden Auslassungen des Schimpfartikels hat der angeklagte Redakteur mit Bedauern zurückgenommen. Lohnt es, sich mit solchen Gegnern vor Gericht herumzuschlagen?

Stadtoberordnete Genossin Dr. Käse Frontalkal hat heute abend 12 Uhr im Klub über das Thema: „Erholungsstätte für die Großstädter“.

Berlins modernster Hafen.

Das Werk der Behala.

Am 1. August erlebt der Berliner Hafenschiffahrtsverkehr einen historischen Wendepunkt. Die Reedereien verlassen ihre über 50 Jahre benutzten Anlagen am Kronprinzenufer, am Friedrich-Karl-Ufer und am Humboldthafen, um für den Städtgutumslag künftig die modernen Anlagen des Westhafens zu benutzen. Damit wird der Westhafen, der größte Berlins, mit seinen drei großen Becken zum Mittelpunkt des Schiffsahrtverkehrs. Hafensbetrieb und Schiffsahrt können von nun an planmäßig zusammenarbeiten.

Inhaber des Westhafens, mit dessen Bau im Jahre 1914 begonnen wurde, ist die Behala (Berliner Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft), die den Plänen des verstorbenen Stadtbaurates Friedrich Krause eine moderne und über die alten Entwürfe weit hinausgehende Vollendung gegeben hat. Bei der Schaffung der neuen Anlagen hat man sich ausschließlich von praktischen Erfahrungen leiten lassen, so daß im Gegensatz zu anderen Häfen, für den Westhafen nicht die Gefahr besteht, daß er sich eines Tages als unwirtschaftlich erweisen wird. Es wird viel eher der Fall sein, daß nach der Erbauung des Mittellandkanals der Westhafen einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung erleben wird. Das erscheint jetzt als sicher, wenn man einen Blick auf die Verkehrszahlen der Behala wirft, die ja nur einen Teil des gesamten Berliner Wasserverkehrs betreffen. Es ergibt sich eine aufsteigende Kurve, die von 820.933 Tonnen im Jahre 1923 zu 1.691.635 Tonnen im Jahre 1926 führt. Die Vertreter der Berliner Presse hatten Gelegenheit, die neuen Anlagen im Westhafen zu besichtigen. Die wichtigsten von ihnen sind: ein drittes Hafenbecken, senkrechte Ufer am Spandauer Schiffsahrtkanal, 9 Lagerhäuser, 11 Kräne, ein Garagenbau und die notwendigen Straßen und Gleise. Im ganzen verfügt der Westhafen über 5000 laufende Meter Kanallängen, 7500 laufende Meter Gleise, 12 Hallen, einen Getreide-

speicher für 30.000 Tonnen, einen Zöltspeicher für 25.000 Tonnen, eine große Kohlenverladeanlage, 30 Kräne und eine große Anzahl anderer Fördermittel. Die technische Leistungsfähigkeit des Hafens wird ergänzt durch seine Eigenschaft als Tarifikation der Reichsbahn und durch die Ausstattung mit einem Zollamt. Neben den Lagerhallen, die sich nach Form und Farbe dem architektonischen Gesamtbild des Westhafens gut einfügen, bestehen sogenannte Freilager, die in gleicher Höhe mit den Ladeflächen der Fuhrwerke liegen.

Alles in allem ergibt sich ein Bild, das etwas weniger bunt ist als die der alten Verladeplätze. Die Einrichtungen des Westhafens, den die Behala mit einem Kostenaufwand von 7 Millionen Mark fertiggestellt hat, bedeuten aber eine wesentliche Ersparnis von Kraft und Zeit, und darin liegt das Geheimnis seiner Lebenskraft, die dem heutigen Wirtschaftstempo standhalten wird.

Verlegung des Städtgutumslaghafens.

Zum 1. August werden die auf den Berliner Wasserstraßen fahrenden Reedereien ihre Umschlagsbetriebe vom Humboldthafen und dem Kronprinzenufer nach dem Westhafen verlegen, indem für die Zwecke der Güterschiffahrt eine beträchtliche Anzahl neuer Einrichtungen geschaffen worden sind. Dieser Wechsel des Städtgutumslags ist darauf zurückzuführen, daß die Hafens- und Ladeeinrichtungen am Humboldthafen und Kronprinzenufer veraltet sind und an beiden Plätzen keine Möglichkeit besteht, Schuppen zu erbauen, um die ankommenden Güter unter Dach und Fach zu bringen. Auch für die freiliegenden Güter sind die Vorderrampe mit Rücksicht auf den steigenden Schiffsahrtverkehr zu klein geworden. Bei zunehmenden Wirtschaftsverkehr reichen auch die Hafenanlagen nicht mehr für die heutigen Bedürfnisse aus, es würde zu einer störenden Ueberfüllung kommen. Der Westhafen dagegen, der von der Berliner Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft verwaltet und betrieben wird, verfügt über die modernsten Lade- und Spelshereinrichtungen, die jetzt erheblich erweitert und vervollständigt worden sind.

Mordgerüchte.

Die Mordkommissionen zweimal alarmiert.

Nach zwei verschiedenen Stellen Berlins wurden gestern in den späten Abendstunden die beiden Mordkommissionen der Kriminalpolizei gerufen. Es stellte sich in beiden Fällen heraus, daß ein Verbrechen nicht vorlag.

Das erste Mordgerücht tauchte in Buch auf. Dort wurde kurz nach Feierabend in der Nähe der Schönertinder Chaussee an einer hohen Kiefer ein Mann erhängt aufgefunden. Die eigentümlichen Begleitumstände ließen den Verdacht aufkommen, daß er von dritter Hand getötet worden sei. Es stellte sich aber bald heraus, daß der Unbekannte seinem Leben selbst ein Ende gemacht hatte. Mit einer etwa 3/4 Meter langen Leine ausgerüstet, war er 5 Meter hoch den Baum hinaufgestiegen, hatte die Schnur befestigt, und war dann wieder auf einen 2 Meter tiefer gelegenen Ast herabgestiegen. Wie die Spuren an der Baumrinde deutlich zeigen, hatte er sich hier niedergelegt, sich die Schlinge um den Hals gelegt und seine Hände selbst gefesselt, um jeden eigenen Rettungsversuch unmöglich zu machen. Dann erst hatte er den Todesprung in die Tiefe getan. Die Leiche wurde in die Halle des Landheims in Buch gebracht. Der noch unbekannte Tote ist etwa 45 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat dunkles, grauemischtes Haar und trug einen braunen Jackettanzug, ein weißes Hemd mit blaustreiftem Einfaß, graublau geringelte Strümpfe und schwarze Schnürschuhe.

Einige Stunden später wurde die Kriminalpolizei nach dem Willen der Stadt, nach der Kanalkatastrophe, gerufen. Hier betrieb im Hause Nr. 12 der 51 Jahre alte Weinbändler Fritz Weizer aus Köln ein offenes Ladengeschäft, an das sich eine Wohnung anschloß. Weizer war Junggeselle und wollte sich demnächst verheiraten. Um 7 Uhr hatten Nachbarn ihn noch vor der Tür stehen sehen. Später fand man ihn im Schlafzimmer tot auf dem Fußboden daliegen. Ein herbeigeholter Arzt konnte die Todesursache nicht mit Sicherheit feststellen und glaubte, am Halse Würgemale zu erkennen. Der Gerichtsarzt, Prof. Fraenkel, der die Leiche untersuchte, konnte aber keine Spuren äußerer Gewalt erkennen. Es wurde aber ermittelt, daß Weizer sich einer gewalttätigen Selbsttötung unterzogen und so sein Herz sehr geschwächt hatte. Gestern abend hatte er sich aus seinen Vorräten eine Flasche alten Cognac herausgeholt und einige Glas davon getrunken. Die Einwirkung des starken Alkohols mag zu einem Herzstillstand geführt haben. Die Leiche, die in das Charlottenburger Schauhaus gebracht wurde, wird dort obduziert werden.

Im Wahnwitz.

Ein aufregender Vorfall spielte sich heute vormittag gegen 10 Uhr in dem Hause Bernstraße 7 zu Mariendorf ab. Unter seitlichen Umständen versuchte der 49jährige Radfahrer R. aus dem Leben zu scheiden, indem er zunächst drohte, alles kurz und klein zu schlagen. Als Frau R. nach einer kurzen Besorgung wieder in die Wohnung zurückkehren wollte, fand sie keinen Einfaß. Die Wohnungstür war von innen verriegelt. Auf dem Treppentritt machte sich starker Brandgeruch bemerkbar. Die Mariendorfer Feuerwehr wurde alarmiert. Sie verhoffte sich gewalttätigen Einfaß in die Wohnung. Den Beamten bot sich ein trauriger Anblick. Die ganze Wohnungseinrichtung war demoliert. Sämtliche Möbel waren mit einer Art zertrümmert worden, und aus dem Schlafzimmer drangen dicke Qualmwolken hervor. Die Beamten drangen in das brennende Zimmer ein und fanden R. mit durchschnittenen Kehle in einer großen Blutlache am Erdboden liegend. Neben ihm lag ein Rasiermesser, das er zur Ausübung der Tat benutzt hatte. Der Selbstmörder wurde durch die Feuerwehr in hoffnungslosem Zustande in das Standortlazarett in Tempelhof geschafft. Das Feuer, das die Zimmerreinigung ergriffen hatte, konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden. Man vermutet, daß ein plötzlicher Ausbruch von Wahnwitz R. zu seiner Tat veranlaßt hat.

Zu der Infektion des Kindermädchens Dora Kohnert erfahren wir, daß die Kranke im vorigen Jahre schon in einer Heilanstalt behandelt und im November als genesert entlassen worden sein soll. Vorläufig ist es unmöglich, das Mädchen zu vernennen, da es ganz von seinen religiösen Wahnvorstellungen erfüllt ist und keine vernünftige Antwort gibt. Sie behauptet z. B., sie habe den „Teufel“ das kleine Mädchen fortgenommen, diese hätten es aber immer wieder in die Badewanne gelegt, bis es ertrunken war.

Ein Reichsbannerjportler als Retter.

Am Sonntagmorgen nach 6 Uhr kenterte auf dem Krüpeisee infolge eines heftigen Windstoßes ein von zwei Personen — einem Herrn und einer Dame — besetztes Paddelboot, das Segel gefehlt hatte. Das dem Reichsbannerkameraden Kurt Burkan gehörige Motorboot „Hella“ hatte das Paddelboot etwa 500 Meter überholt; zurücksehend bemerkte der Führer aber das Unglücksboot und eilte den mit den Wellen kämpfenden zu Hilfe. Es gelang auch, beide Personen in das Motorboot zu holen; die

Dame, des Schwimmens unfähig, hatte sich am Segel festgeklammert, war aber dem Berinken nahe. Zwei hinzukommende Ruderboote halfen die im Wasser schwimmenden Herren und Kleidungsstücke bergen. Das Paddelboot wurde in Schlepplau genommen und so alles in Sicherheit gebracht. Bemerkenswert war, daß am Ufer etwa zwölf Segel- bzw. Ruderboote lagen, deren Besizer allem Anschein nach die mit den Wellen kämpfenden beobachteten, sich aber sonst völlig passiv verhielten.

Sonniges Wetter für einige Tage.

Nachdem gestern bereits das böige Wetter der letzten Tage eine rosige Aufbesserung erfuhr, ist heute die Temperatur erheblich gestiegen. Nach Abzug der Druckströmungen ist heute und morgen sicher, übermorgen vielleicht auch noch, mit heiterem sonnigem Wetter zu rechnen. Auch die Druckausgleichungen über den Ozean werden an ihrer Weiterwanderung nach Westeuropa aufgehalten, aber Druckanstiege sind im allgemeinen nicht von langer Dauer. Das Regengebiet ist nach Osten auf Rußland zu weitergewandert. Am Ende der Woche ist leider, so teilt die Wetterdienststelle noch mit, wieder mit schlechtem Wetter zu rechnen. Seit dem 9. Mai haben wir noch keinen regenfreien Sonntag gehabt und sollen ihn auch vorläufig nicht bekommen.

24-Stundenzeit bei der preussischen Verwaltung.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem zugleif im Namen des Ministerpräsidenten und sämtlicher Staatsminister ergangenen Rundschreiben des Ministers des Innern an die nachgeordneten Behörden aller Zweige der preussischen Staatsverwaltung entnimmt, hat das preussische Staatsministerium beschlossen, für die gesamte Staatsverwaltung die 24-Stundenzeit einzuführen. Hiernach soll in Zukunft auch im dienstlichen Verkehr verfahren werden. Wo besondere Verhältnisse dafür sprechen, neben der 24-Stundenzeitung zur Erläuterung einstellenden des bisherigen Jahlung in Klammern beizufügen, so soll hiergegen nichts eingewandt werden.

Einheitskurzschrift beim Polizeipräsidium Berlin.

Vom Einheitskurzschriftverein beim Polizeipräsidium Berlin wird ausgeschrieben: „Gegenüber der in der Öffentlichkeit von bestimmter Seite ausgesprochene Behauptung, daß die deutsche Einheitskurzschrift den Anforderungen an eine zeitgemäße Stenographie nicht entspreche, stellt der Einheitskurzschriftverein beim Polizeipräsidium Berlin auf Grund der umfangreichen Unterrichtsleistung und praktischen Erprobung einmütig fest, daß die Einheitskurzschrift sich als leicht fählich, deutlich und in höchstem Grade leistungsfähig erwiesen hat und den älteren Systemen in keiner Weise nachsteht. Beim Polizeipräsidium Berlin sind von dem Obersekretär Krause, der gleichzeitig geprüfter Kurzschriftlehrer ist, innerhalb eines Jahres über 1000 Beamte und Angestellte in der Einheitskurzschrift mit guten Erfolgen ausgebildet worden. Der obengenannte Einheitskurzschriftverein richtet darum an die Regierungen des Reiches und der Länder die dringende Bitte, die Einheitskurzschrift in Schule und Verwaltung restlos durchzuführen und alle auf eine Veränderung der Einheitskurzschrift abzielenden Bestrebungen zurückzuweisen.“

Am den Gräbern der Weltkriegsopfer! Eine große Anzahl republikanischer Verbände forderte zur 13. Wiederkehr des Kriegsbegins zu einer Kundgebung gegen den Kriegswahn auf. Am Jahrestag des stichwärtigen Verbrechens, so heißt es in der Vorankündigung, „das an der Menschheit in den Jahren 1914 bis 1918 von den Militaristen verübt wurde, rufen wir alle Kämpfer gegen den Krieg auf. Wir wollen an den Gräbern der Opfer des Weltkrieges das Gedächtnis erneuern, mit aller Kraft dem Frieden zu dienen und den Kriegsmilitarismus, wo er sich auch zeigt, zunächst im eigenen Lande rücksichtslos zu bekämpfen.“ Am Sonntag, dem 31. Juli, legen die Organisationen an den Gräbern der deutschen und ehemals „feindlichen“ Soldaten auf dem Garnisonfriedhof Hasenheide Kränze nieder. Treffpunkt ist 10.30 Uhr am Kaiser-Friedrich-Platz. Es schneit Straße (Untergrundbahn) Hasenheide. Es sprechen u. a. Pfarrer Weier, Pastor Franke und Polizeioberst a. D. Schöpinger.

Die Erdbeben in Steiermark.

Grat, 26. Juli (WZ). Die gestrigen Erdstöße wurden auch in ganz Steiermark verspürt. Im Salong Fürsten Schornsteine ein, einzelne Häuser bekamen Risse; im Postgebäude Kaiserwien stürzte die halbe Decke ein. In Mariazell stürzten Einheimische und Hotelgäste auf die Straße, da sie weitere Erdstöße befürchteten. Besonders stark wurde das Erdbeben im Ruertal wahrgenommen. Das seismographische Institut der Grazer Universitäts meldet, daß der Seismograph beim ersten Stoß aus den Lagern sprang.

Finanzwesen der A.D.G.B.-Verbände.

Einnahmen 148,1 Millionen, Ausgaben 135,5 Millionen Mark im Jahre 1926.

Die Finanzgebarung der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände im Jahre 1926 wird durch die ungemein hohen Unterstützungsausgaben charakterisiert. Ganz besonders große Ansprüche hat die Unterstützung der Arbeitslosen an die Kassen der Verbände gestellt. Dieser dadurch stark erhöhten Mehrausgabe steht nur eine geringe Steigerung der Einnahmen gegenüber. Zwar sind in der Höhe der Beitragsfestsetzungen gegen das Vorjahr erfreuliche Fortschritte festzustellen, jedoch zogen sie keine Mehreinnahmen an. Die Beiträge im gleichen Ausmaß nach sich, da die starke Beschäftigungslosigkeit die wirkliche Beitragsleistung sehr ungünstig beeinflusste.

Die an der Statistik beteiligten Verbände verzeichneten 1926 eine Gesamteinnahme von 148.139.716 M. Davon kommen auf

Beitragsleistungen 137.638.607 M.

und 10.501.109 M. auf andere Einnahmequellen. Die Einnahmen an Verbandsbeiträgen erhöhten sich von 109.214.010 M. auf 116.942.931 M., während die an Lokalbeiträgen von 20.477.323 M. auf 18.593.697 M. zurückgingen. An Extrabeiträgen kamen nur 2.101.979 M. gegen 6.565.307 M. im Vorjahre ein. Auch die sonstigen Einnahmen und die Eintrittsgelder ergeben gegen das Vorjahr geringere Beträge, so daß trotz der 7.728.921 M. höheren Einnahmen an Verbandsbeiträgen gegen 1925 nur eine Mehreinnahme von 643.015 M. vorliegt. Von der Einnahme an Beiträgen kamen im Durchschnitt auf jedes Mitglied 1926: 34,62 M. und 1925: 32,78 M.

Die Gesamtausgabe betrug 135.529.991 M. (1925: 125.874.093 M.). Davon wurden

für Unterstützungen 62.064.263 M.

verausgabt. Auf die Unterstützung der Arbeitslosen kamen allein 39.607.609 M. Von je 100 M. Ausgabe entfielen 45,79 M. auf

Unterstützungen gegen 26,26 M. im Vorjahre, und auf jedes Mitglied kamen im Durchschnitt 9,06 M. Arbeitslosenunterstützung, während dieser Pro-Kopf-Betrag im Vorjahre nur 3,32 M. ausmachte. Diese Zahlen kennzeichnen zur Genüge die schwere finanzielle Belastung der Verbände durch die Krise.

Auch die Unfallunterstützung erhöhte sich wesentlich, und zwar von 1.084.564 M. auf 2.338.995 M. Die übrigen Unterstützungsausgaben veränderten sich nicht erheblich. Außer den bereits erwähnten Unterstützungen wurden 1926 noch verausgabt: für Reiseunterstützung 589.798 M., Umzugsunterstützung 152.655 M., Krankenunterstützung 14.758.596 M., Invalidenunterstützung 1.363.257 M., Sterbefallunterstützung 2.197.759 M., sonstige Unterstützungen 501.151 M. und für Rechtschutz 554.443 M. Alle diese Unterstützungen bedingten zusammen gegen 1925 eine Mehrausgabe von 1.973.787 M.

Die größeren Summen für Unterstützungen konnten zum Teil durch eine

harte Minderausgabe für Lohnbewegungen,

Streiks und Aussperrungen gedeckt werden. Das Krisenjahr 1926 war der Führung wirtschaftlicher Kämpfe nicht günstig, die an Zahl und Umfang hinter denen, die im Vorjahre stattfanden, ungemein stark zurückstanden. 1926 verursachten die wirtschaftlichen Kämpfe nach der Verbandsstatistik eine Ausgabe von 6.100.760 M. gegen 29.656.960 M. im Vorjahre.

Die Ausgabe für Verbandsorgane und Bildungs-zwecke betrug 7.116.318 M., hiervon kamen 4.879.573 M. auf Verbandsorgane. Für Agitation, Konferenzen, Verbindungen usw. wurden 21.653.042 M. und für alle Verwaltungszweige zusammen 38.595.608 M. verausgabt. Die anteiligen Beiträge dieser Kosten an den Gesamtausgaben änderten sich gegen das Vorjahr nur unwesentlich.

Verammlung der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Vereinbarung über die Verschmelzung.

Montag abend wurde die bereits zweimal vertagte Mitgliedsversammlung der Berliner Lebensmittel- und Getränkearbeiter im Gewerkschaftshaus fortgesetzt. Auf Befehl der Versammlung wurden entsprechend einer von der erweiterten Ortsverwaltung und der Vertrauensmännerversammlung mit der „Opposition“ getroffenen Vereinbarung für Berlin ein Angehöriger und je zwei Befürworter und Gegner der Verschmelzung zum Verbandstag delegiert. Es sind ferner fünf Ersatzleute vorgeschrieben. Hodapp vertrat noch einmal seinen ablehnenden Standpunkt in der Frage der Verschmelzung, wie sie geplant sei. Er könne nur eine Verschmelzung mit dem Verband der Bäcker befürworten. Diese Ansicht teilte ein großer Teil der Mitglieder. Der Redner führte weiter aus, daß der Hauptvorstand nach einem Beschluß des Verbandstages in Augsburg verpflichtet gewesen wäre, über die Frage der Verschmelzung nach dem Vorliegen des Statutenentwurfs eine Abstimmung herbeizuführen.

Danach kamen Befürworter und Gegner der Verschmelzung zu Wort. Der Statutenentwurf für den neuen Verband wurde allgemein bemängelt. Zu dem Entwurf wurden eine Anzahl Abänderungsanträge angenommen. Zunächst ein kommunistischer Antrag, wonach zwei Proz. des Bruttoverdienstes jedes Mitgliedes als Verbandsbeitrag gezahlt werden sollen. Ebenfalls angenommen wurden die Anträge des Genossen Hodapp, in denen die Vertretung der Mitglieder auf allen Gebieten des Arbeitsrechts und die Finanzierung von Agitationen und Lohnbewegungen wie bisher durch die Hauptkasse gefordert werden.

Die Kommunisten hatten nicht weniger als 48 Anträge formuliert, die sie aber erst in der Versammlung einreichten, da nach den eigenen Worten eines Kommunisten sein Gesinnungsfreund die Anträge drei Wochen lang für sich behalten und nicht der Verwaltung zugestellt habe. Es wurde beschloffen, diese Anträge dem Hauptvorstand zur Veröffentlichung in der Verbandszeitung zu überweisen.

Zum Schluß brachten die Kommunisten die jetzt übliche Resolution ein, daß am 4. August alle Arbeiterorganisationen gegen die imperialistische Kriegsbedrohung Sowjetlands demonstrieren. Hodapp ließ über diese rein parteipolitische Resolution nicht abstimmen, worauf die Kommunisten unter wüstem Lärm nach Schluß der Versammlung gewaltig eine Abstimmung herbeizuführen suchten.

Nationale und internationale Schmuckkonkurrenz. Ein wichtiges Reichsgerichtsurteil.

Eine Pleite internationaler Schmuckkonkurrenz auf Kosten der Arbeiter brachte der Ausgang des Kampfes um den Bau der Rotterdamer Maasbrücke. Im Wettbewerb um diesen Bau hatte eine deutsche Firma ein billigeres Angebot gemacht. Trotzdem wurde der Brückenbau nunmehr endgültig an Union-Freund in Auftrag gegeben. Um die Arbeit der einheimischen Industrie zu erhalten, war, wie das Organ des niederländischen Gewerkschaftsbundes „De Strijd“ feststellt, ein Reichsgerichtsurteil notwendig. Vom Arbeitsstandpunkt aus, betont das Blatt, müsse diese Maßnahme begrüßt werden; es sei für die niederländische Arbeiterklasse von Bedeutung, wenn die Regierung diesen Weg beschreite, da die deutschen Arbeiter länger und zu niedrigeren Löhnen als die niederländischen arbeiteten. Die Regierung müsse in solchen Fällen immer zur Unterstützung bereit sein, bis es der deutschen Arbeiterbewegung gelänge, die Löhne auf den niederländischen Stand zu bringen. Es handle sich hier nicht um den Schutz einer technisch rückständigen Industrie, sondern um die soziale Lage der arbeitenden Klasse. Im vorliegenden Fall habe es für Niederland nur die Alternative gegeben,

entweder vergrößerte Arbeitslosigkeit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder staatlicher Schutz, wobei die Gewerkschaftsbewegung ohne jeden Vorbehalt den staatlichen Schutz wählte.

Die internationale, so wird auch innerhalb der nationalen Grenzen auf Kosten der Arbeiterschaft Schmuckkonkurrenz getrieben. Gegen diese Schmuckkonkurrenz hat vor kurzem das Reichsgericht ein bedeutendes Urteil gefällt. Der Inhaber eines privaten Berliner Wachs- und Schmelz-Institutes hielt die für allgemeinerbindlich erklärten Minimalpreise des Tarifvertrages nicht ein und schlug dadurch die Konkurrenten aus dem Felde. Er wurde zur Unterlassung der geringeren Entlohnung verurteilt, und gegenüber seinen Konkurrenten für schadenersatzpflichtig erklärt. Die Begründung des Urteils sieht in dem Vorgehen des Verurteilten einen Verstoß gegen die guten Sitten. Dieser Verstoß liegt nach der Auffassung des Gerichts darin, daß der Verklagte den Tarifvertrag nur darum nicht einhält, um die geschworenen Wettbewerber unterbieten zu können.

Unhaltbare Mißstände bei der Firma Regenberg.

Bei der Firma Regenberg, Fuhrgeschäft Dichtenberg, Verbindungsweg 3-5, herrschen unglückliche Mißstände. Trotzdem dort zurzeit 24 Arbeiter beschäftigt sind, besteht kein Betriebsrat. Bis vor kurzem konnte die Gewerkschaft in dem Betrieb nicht Fuß fassen. Auf Veranlassung des Verbandsbundes fand in letzter Zeit eine Betriebsversammlung statt, die den Boden für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der dort Beschäftigten vorbereitete, um die Mißstände zu beseitigen. Obwohl die Arbeiter zurzeit 14 bis 16 Stunden täglich beschäftigt werden (!!), begibt ihnen die Firma nur 8 Stunden. Trotz der im Tarif vorgesehene Bezahlung der Feiertage werden diese nicht vergütet. Desgleichen wird für Ueberstunden keine Entschädigung gewährt. Das Unternehmen erzielt ungeheure Verdienste, gibt den Arbeitern aber bei der Lohnzahlung immer nur Abschlagszahlungen.

An diesen unhaltbaren Zuständen haben die Arbeiter jedoch selbst mit schuld. Wenn sie reiflos gewerkschaftlich organisiert wären, würden solche Zustände erst gar nicht eingetreten sein oder wären schon längst beseitigt. Es gilt daher für die Arbeiter der Firma Regenberg, das Versäumte umgehend nachzuholen und durch die Gewerkschaft ihre gesetzlichen und tariflichen Rechte zu wahren.

6500 Hüttenarbeiter ausgesperrt.

Neunkirchen (Saar), 25. Juli. (Mit.) Wegen Lohnunterschieden haben am Sonnabend nachmittag die Hütten- und Kokereiarbeiter der Neunkircher Hütte die Arbeit niedergelegt. Die Generaldirektion kündigte daraufhin, einer Mitteilung der „Volksstimme“ zufolge, die Aussperrung der insgesamt 6500 Mann umfassenden Belegschaft an. Wie wir hören, wird sich der Schlichtungsausschuß heute mit der Angelegenheit beschäftigen. (Es handelt sich in dem Konflikt darum, die im Mai vorgenommene zehnprozentige Lohnreduzierung rückgängig zu machen. D. Red.)

Der panamerikanische Gewerkschaftskongreß beendet.

Washington, 25. Juli. (W.B.) Nachdem sich die Erregung einiger Delegierter über das energische Vorgehen der Vereinigten Staaten in Nicaragua in entsprechenden Resolutionen Luft gemacht hatte, endete der panamerikanische Arbeiterkongreß gestern friedlich auf der gemeinsamen Basis der Verurteilung der Dritten Internationale, der in einer Entschließung die Schuld an den ständigen Unruhen in Mexiko zugeschrieben wurde. Präsident Green, der Leiter der American Federation of Labour, der während der Tagung ständig zur Wähigung mahnen und die Vereinigten Staaten gegen Angriffe hatte verteidigen müssen, erwarb sich durch sein besonnenes Auftreten allgemeine Achtung. Er

wurde durch Zuruf wiedergewählt. In seiner Schlußrede betonte Green den ehrlichen Willen der Vereinigten Staaten, mit sämtlichen Republiken Lateinamerikas in Freundschaft zu leben. Der Kongreß zeigte trotz der von gewissen Südamerikanern an den Tag gelegten Mißstimmung, daß man den nordamerikanischen Standpunkt der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Rußland als richtig anerkennt.

Gehaltskonflikt bei der Warschauer Handelsbank.

Warschau, 25. Juli. (Til.)

Unter den Angestellten der Warschauer Handelsbank droht wegen der zu niedrigen Gehälter ein Streik auszubrechen. Die Angestellten haben eine Lohnerhöhung von 40 Proz. verlangt, die bisher nicht bewilligt wurde. Der Angestelltenverband beabsichtigt deshalb, einen Streik zu proklamieren.

In dem Artikel „Vertrauensmännerwahlen bei der Reichsbahn“ in Nr. 346 des „Vorwärts“ hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Am 1. August findet die Neuwahl der Vertrauensmänner der Schwerbeschädigten (nicht der Sachverständigen) im Reichsbahnbetrieb statt. Wir bemerken gleichzeitig noch ergänzend, daß es sich bei dieser Wahl nur um den Reichsbahndirektionsbezirk Berlin handelt.

Wirtschaft

Der Landwirtschaft geht's gut.

Ein weiterer Beweis.

Die Höhe der Preise ist für die Landwirtschaft fast wichtiger als die Größe der Ernte. Das haben wir vor wenigen Tagen noch zahlenmäßig festgestellt. Wir fanden, daß der Durchschnittspreis gegenüber dem vorhergehenden Wirtschaftsjahre höher lag um 71 M. die Tonne bei Roggen, um 27 M. die Tonne bei Weizen, um 30 M. die Tonne bei Gerste und um 27 M. die Tonne bei Hafer. Trotz der kleinen Ernte waren im ganzen die Einnahmen größer als in den besseren Erntejahren 1925/26.

Ein weiterer, sehr beachtenswerter Beweis kann erbracht werden, wenn man die in Deutschland für das Wirtschaftsjahr 1926/27 errechneten Durchschnittspreise für Roggen, Weizen und Hafer in Vergleich stellt zu den Durchschnittspreisen, wie sie sich aus den Notierungen des Getreidemarktes in Chicago und dem in Polen errechnen lassen. Wir haben der Errechnung dieser Durchschnittspreise ebenfalls den 1. September, 1. Oktober, 1. Dezember 1926 und 1. Februar und 1. April 1927 als Stichtage zugrunde gelegt. Es ergibt sich folgendes Bild:

Durchschnittspreise im Wirtschaftsjahr 1926/27 pro Tonne

	Roggen	Weizen	Hafer
in Berlin	228,—	266,—	183,—
„ Chicago	185,—	211,—	124,—
„ Polen	155,—	—	—

Das Bild spricht in starkem Maße zugunsten Deutschlands. Es zeigt, daß Deutschland mit seinen Durchschnittspreisen für Getreide im Wirtschaftsjahr 1926/27 gegenüber den beiden Getreideerzeugungsländern, Amerika und Polen, durchaus führend ist. Der Roggen wurde höher notiert: gegenüber Chicago um 63 M. die Tonne, gegenüber Polen um 73 M. die Tonne. Der Weizen wurde gegenüber Chicago um 55 M., der Hafer um 59 M. die Tonne höher notiert. Die Durchschnittsnotierungen für Weizen und Hafer in Polen konnten nicht errechnet werden, weil die Unterlagen fehlen. Daß sie aber ebenfalls zugunsten Deutschlands sprechen, beweisen die Durchschnittsnotierungen, wie sie im Heft Nr. 12 von „Wirtschaft und Statistik“ vom Markt in Polen für Gerste und Hafer im April 1927 registriert wurden: Gerste per Tonne 173,80 M. (Deutschland im April 218 M.), Hafer per Tonne 168 M. (Deutschland Mitte April 211 M.).

Diese Tatsachen sind um so erwähnenswerter, als uns unzählige Fälle bekannt sind, wo die Landwirte Deutschlands keine Höhernotierungen in Polen und Chicago sofort benutzten, um von der katastrophalen Lage der deutschen Landwirtschaft zu sprechen. Was damals als Beweis ausgepielt wurde, muß auch heute als beweiskräftig angesehen werden.

Deutschland geht mit den Getreidepreisen in der Welt voran! Wieder ein Grund, behaupten zu können, daß die landwirtschaftlichen Unternehmer keinen Grund zur Klage haben.

Die städtischen Kreditgenossenschaften, die insbesondere den Kaufleuten und Handwerkern dienen, haben nach den letzten Veröffentlichungen bis zum 30. April 1927 starke Zugänge der Spareinlagen und fremden Gelder zu verzeichnen. Bei 91 von rund 1300 angeschlossenen Genossenschaftsbanken betragen nach den Mitteilungen des Deutschen Genossenschaftsverbandes die fremden Gelder am 30. April 1927 rund 690 Millionen Mark, so daß man auch dieser Durchschnittsziffer für sämtliche 1300 Kreditgenossenschaften einen Bestand von rund 900 Millionen Mark annehmen kann. Die eigentlichen Spareinlagen betragen 426, die Einlagen auf laufendes Konto 264 Millionen Mark. Man kann annehmen, daß bei sämtlichen städtischen Kreditgenossenschaften heute die Hälfte des Vorkriegsbestandes an fremden Geldern wieder erreicht ist.

Neue Auslandsanleihen. Auch die Stadt Dresden hat jetzt 12 Millionen Mark in London als 25jährige 5½prozentige Anleihe zum Auszahlungsfuß von 87 Proz. sich gesichert. Zur Durchführung eingeleiteter Wohnungsneubauten hat ferner die Deutsche Landesbankzentrale in New York eine 5-Millionen-Dollaranleihe abgeschlossen, deren Erlös an zehn öffentliche Realcreditinstitute für erste Hypotheken weitergegeben werden wird. Die Auszahlung der Darlehen an die letzten Geldnehmer erfolgt zu einem Kurse von 90 Prozent, so daß einschließlich des jährlichen Verwaltungszuschlages von ½ Proz. insgesamt eine Zinsbelastung von rund 71½ Proz. eintreten wird.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: D. Schindler; Feuilleton: Dr. John Schlotzka; Satire und Sonette: Rich. Karsch; Anzeigen: Ed. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Berlins einzigste Revue:
Streng verboten!!!
Die Revue der verheirateten Leidenschaft!
Ueber 200 Mitwirk. / 8 Balletts.
Vorverkauf s. d. Theaterkassa ab 10 Uhr sonntags

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Vom 26. bis 28. Juli 1927
Aus den Geheimakten der Sitten-Polizei
mit Bruno Kastner
Ferner: Bühnenschau

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 48
Vom 26. bis 28. Juli 1927
Tom Mix in:
Der Haupt im Pulverturm
Ferner: Die Hölle von des Fräulein Annette
Ferner: Bühnenschau

Schlafzimmer . . . 470.- M.
Speisezimmer . . . 210.-
Herrnzimmer . . . 265.-
Wohnzimmer . . . 275.-
Büchereisessel . . . 110.-
Schränke . . . 95.-
Ankleideschränke 75.-
Ständchen . . . 95.-
Auf Teilzahlung
Möbels Haus Kuntoll
Neukölln, Prinz-Handjerystr. 2

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 26. bis 28. Juli 1927

Das Rätsel des Borobudur
Außerd.: Menschen in Leidenschaft

Passage-Lichtspiele Neukölln, Bergstr. 151/52
Vom 26. bis 28. Juli 1927

Primerliebe
Ferner: Bühnenschau

FASAN
EINHEITSPREISE
Marke Fasan . . . Mk. 12.50
Marke Silberfasan Mk. 16.50
Marke Goldfasan Mk. 19.50
Fasan-Schuhe gelten unter Kennern als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie.
Verkaufsstellen:
Berlin O, Warschauer Str. 31, Echo
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 20, Revaler Straße

Les' Bücher:
Wissen, u. Macht
J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.
Lindenstraße 2.

Auf Teilzahlung Herren-Garderobe
Kleine Bequeme Anzahlung! * Abzahlung!
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring

Beleuchtungskörper
und jeden elektrischen Gebrauchsartikel bekommen Sie am billigsten bei bequemer Teilzahlung in unseren Ausstellungsräumen, Elsässer Straße 78
Elektrische Anlagen während der Sommermonate einfache Brennstelle 10.- M. bei sauberster Ausführung.
Berliner Elektriker-Genossenschaft E. G. m. b. H.
Elsässer Str. 86-88 / Alexanderstr. 39-40 / Wilmersdorf, Landhausstr. 4